giebt es unzählige.

Die Mehrzahl der Kollegen überwindet sich leider nicht, will alles an sich raffen, koste es was es wolle, läßt lieber bis 10 Uhr abends überarbeiten, spannt das Personal und die Maschinen auf das äußerste an und steht am Jahresschluß vor der leidigen Thatsache, daß im Verhältnis zur geleisteten Arbeit, zum Kapital-Aufwand und der unausgesetzten Lebenshetze nur ein ganz dürftiger Erfolg zu verzeichnen ist. Und das alles ist so bekannt und wird kaum von Jemanden bestritten werden.

Trotzdem geht es uns Steindruckereibesitzern wie den verehrlichen Pappenfabrikanten, die in jedem Jahre, wie neuerdings wieder in dieser Zeitschrift (s. Nr. 103, 105) einen gewaltigen Anlauf nahmen, endlich und endgiltig ihre durch eigene Schuld herbeigeführte, allerdings ganz verzweifelte Lage zu verbessern. Es bleibt jedoch leider in der Hauptsache bei der freundlichen Aussprache in der Papier-Zeitung und nur „wehmütige Erinnerungen" vermögen die zur Zeit auftauchenden energischen Weckrufe einiger jüngerer Kräfte bei den „Aelteren und Wissenden" der Fachgenossen wachzurufen, die nach den früher gemachten Erfahrungen diesen Zauberklängen nicht mehr trauen können.

Nur ganze Arbeit kann unserem Fach eingreifend helfen und zum ersehnten Ziele führen. Es gilt für die Steindruckereibesitzer Deutschlands eine straffe Organisation zu schaffen und diese der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft engstens anzuschließen, genau so, wie es der Verband der deutschen Buchdruckereibesitzer seit langen Jahren mit größtem Erfolge gethan hat. Also nur nachzumachen brauchen wir es, allerdings muß sich jeder dann klar werden, daß dies eine soziale That bedeutet.

Einigkeit macht stark. Die Steindruckereibesitzer in Berlin und Hamburg haben bereits einen Fachverband gegründet, dessen Einrichtungen sich gut bewähren.

Es wird noch in aller Gedächtnis sein, daß die vor einigen Jahren in frivoler Weise hervorgerufene Streikbewegung in Berlin durch die gegenseitige Unterstützung der Kollegen schon nach wenigen Wochen gebrochen und abgewiesen war, während in anderen Städten durch die geradezu klägliche Uneinigkeit der Arbeitgeber auch unbillige und thörichte Forderungen den Arbeitern zugestanden werden mußten.

Das bisher unbekannte, dann aber in schwerer Bedrängnis als zweckdienlich befundene Solidaritätsgefühl der Berliner Steindruckereibesitzer hat gute Früchte getragen. Die Herren haben sich gegenseitig kennen und achten gelernt und eine gemeinschaftliche Grundlage geschaffen, welche u. a. zur Regelung des Arbeitsverhältnisses mit den Arbeitern, der Lehrlingsfrage und sonstigen wichtigen Dingen geführt hat.

Die Arbeiter-Organisation unseres Gewerbes ist einer der herausspringenden Punkte, deren endgiltige Erledigung besonders im Interesse der Arbeitgeber selbst zuerst in Angriff zu nehmen ist. Wer sich selbst helfen will, wie es gedacht ist, soll seinen Mitarbeitern nicht nur die Berechtigung zugestehen sich zu organisieren, sondern sollte eifrigst mit Hand anlegen und die einzelnen Schwachen stärker zu machen suchen, damit sie ihm mehr nützen können und im Daseinskampfe nicht unterliegen.

Durch eine festgefügte Organisation der Arbeiter, welche im graphischen Gewerbe durchaus noch unvollkommen und rückständig und gerade deshalb für Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon verhängnisvoll geworden ist, bezwingen wir Besitzenden uns selbst in unseren oft einseitigen und egoistischen Maßnahmen und werden uns endlich daran gewöhnen, daß wir außer den gesetzlich festgelegten noch weitere soziale Pflichten zu erfüllen haben, an welche die meisten von uns nicht denken, und an die sie auch garnicht erinnert sein wollen!

Die deutschen Buchdruckereibesitzer haben das Glück gehabt, weitsichtige und uneigennützige Männer unter ihren Kollgen zu finden, welche in langjähriger, mühevoller und durch Ueberwindung persönlicher Mißhelligkeiten oft recht unerquicklicher Arbeit eine in der ganzen zivilisierten Welt einzig dastehende Leistung nahezu vollendet haben. In dieser vorzüglichen Organisation haben beide Teile in ehrlichem Ringen mit sich selbst unzweideutig anerkannt, daß jede der beiden Parteien auf die andere im Leben angewiesen sei. Und es ist zweifellos, daß die Buchdrucker, um ein lebensfähiges Einvernehmen mit ihren Arbeitern zu erzielen, diese unbedingt erst hätten organisieren müssen, wenn sie nicht bereits zum größten Teil organisiert gewesen wären.

So ist es dadurch glücklich erreicht, daß in ganz Deutschland durch Rede und Gegenrede der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine fest bestimmte gleiche Arbeitszeit für alle tariftreuen Buchdrucker angesetzt ist. Die Lohnsätze in einer Verschiedenheit der Skalen, wie sie in Steindruckereien durchaus unbekannt ist, sind für jedermann genau geregelt. Die Lehrlingsfrage und sonstige wichtigen Abmachungen werden durch Kommissionen und Ausschüsse in fortlaufenden Verhandlungen in kollegialster Weise besprochen und ordnungsmäßig erledigt.

Und alle diese, eigentlich nur die Arbeitnehmer angehenden Dinge, welche früher ganz willkürlich von jedem Arbeitgeber nach eigenem Gutdünken angefaßt wurden und deshalb auch oft Anlaß zu Streitigkeiten gaben, haben dazu geführt, auch die widerstrebendsten Arbeitgeber immer mehr zu überzeugen, daß die Arbeiterorganisation, welche durch systematische Belehrung und Erziehung die einzelnen tüchtiger, geschulter und einsichtiger für die vorliegenden Lebensaufgaben macht, mit innerer Notwendigkeit eine feste und geschlossene Organisation der Arbeitgeber bedingt.

Damit aber ist die Grundlage geschaffen, den kleinen und großen Krebsschäden unseres Gewerbes eindringlichst nachzuforschen, sie in ordnungsmäßig berufenen Versammlungen und event. in der Fachpresse aus dem Dunkel ans helle Tageslicht zu ziehen und dem Urteil gewissenhafter und unparteiischer Fachkollegen zu unterbreiten.

Die Schleuderer und sonstigen Schädiger in unserem Fach werden wir dann ohne Schwierigkeiten in energischster Weise auf ihre unsauberen Finger klopfen können. Diejenigen unserer gut und best gestellten Kollegen, welche sich heute noch recht häufig aus Dünkel oder irgend einem Vorurteil ihrer sozialen Pflichten gegen Minderbegüterte in keiner Weise bewußt geworden sind, werden bei zweckentsprechendem Vorgehen unsererseits recht bald einlenken und sich uns anschließen müssen.

Zunächst sollte versucht werden, in allen größeren Städten, wo mehrere Steindruckereien vorhanden sind, Lokal-Vereinigungen zu gründen, welche sich untereinander wieder zu Provinzial-Verbänden zusammenzuschließen hätten. Diese aber finden ihren Anschluß an die Versammlungen der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft und werden neu belebend auf die von Anfang an leider nur äußerst schwach besuchten und von vielen Kollegen garnicht beachteten Sitzungen derselben einwirken. Damit würde die erste Staffel zum ersehnten Ziele erreicht sein.

Die Tapetendruckereien, welche, wie allgemein bekannt ist, im sinnlosen, ja wahnwitzigen Konkurrenzkampfe fast verblutet waren, haben es jetzt unter energischer Führung fertig gebracht, sich in wenigen Jahren derartig stark zu organisieren, daß jeder Beteiligte bei weit geringerer Arbeitsleistung gegen früher unverhältnismäßig gut verdient.

Wir Steindruckerei-Besitzer können und werden sinngemäß ähnliches erreichen, und auch in kommenden schlechten Zeiten unser gutes Brot finden, wenn wir uns endlich entschlossen aufraffen zur sozialen That.

So schreibt Herr Fettback. Ganz entschieden zurückweisen müssen wir aber den Ausfall gegen die Lohnbewegung in Deutschland vom Jahre 1896, besonders die Bezeichnung des Berliner Streiks als eines frivolen. Als „frivol" wird gemeinhin jeder Streik von den Unternehmern bezeichnet und wir sind fast geneigt, die sonstigen vernünftigen Ausführungen des Herrn Fettback als Heuchelei zu empfinden. Welches waren denn die „thörichten" Forderungen, die 1898 gestellt wurden? Einfach folgende: Verkürzung der Arbeitszeit; Bezahlung der Feiertage; Abschaffung der Ueberstunden, event. 25% Zuschlag für dieselben; Festsetzung eines Mindestlohnes entsprechend den örtlichen Verhältnissen. Dies die Forderungen. Thatsächlich sind dieselben in einer erheblichen Anzahl Druckereien, auch in Berlin und besonders in Hannover, durch die Bewegung der Gehilfen eingeführt und beide Teile stehen sich gut dabei.

Gegen einen Verband der Steindruckerei-Besitzer haben wir gewiß nichts einzuwenden, es ist das gute Recht der Prinzipale sich zu organisieren, ebenso wie wir dieses Recht für uns beanspruchen; will man aber vermöge dieses Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken und — nach Herrn Fettback — dem Arbeiter geben was des Arbeiters ist, dann darf man vor allen Dingen nicht Forderungen als „thöricht" bezeichnen, die recht eigentlich das Minimum dessen darstellen, was die ebenfalls von Herrn Fettback angezogenen Buchdrucker längst besitzen.

Die Organisation der Gehilfen war es bisher allein, welche der Schleuderkonkurrenz im Gewerbe entgegenarbeitete, möge es Herrn Fettback gelingen, seine Standesgenossen zu gleichem Thun zu sammeln.

Eine Konsum- und Produktivgenossenschaft.

(Schluß.)

Ganz verfehlt erscheint uns der letzte Punkt f). Es ist vollkommen richtig, daß auf dem Gebiet der Arbeiter-Wohnungsfrage viel, sehr viel geschehen muß. Wir glauben aber, daß hier mit der Aufrollung der Grund- und Bodenfrage ein Punkt berührt ist, der seine gründliche Erledigung erst mit der Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden finden kann, das heißt mit anderen Worten, erst nach dem Sieg der Sozialdemokratie. — Freilich kann auch hier innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft manches geschehen, aber nicht durch freiwillige Genossenschaften, sondern durch Zwangsgenossenschaften, durch die Kommunen, denen auch Zwangsbefugnisse (z. Beisp. Expropriation im Gesamtinteresse) zustehen. Der Kommentar enthält sehr interessante Hinweise auf die Thätigkeit englischer Kommunen auf diesem Gebiete. Namentlich hat die schottische Stadt Glasgow bereits 40 Millionen für derartige Zwecke aufgewendet, wie sie überhaupt eine ganze Reihe von Unternehmungen in die Hand genommen hat, — wobei die Steuern beständig zurückgehen. Wenn nun die politische Lage in Deutschland ein derartiges Vorgehen seitens der Kommunen für die nächste Zeit nicht erwarten läßt, darf man die Arbeiter nicht in Träume wiegen, als ob hier die Selbsthilfe etwas vermöchte, — hier heißt es, die Finger in die Wunde legen und die unumgängliche Notwendigkeit des politischen Kampfes betonen. Wer mit der genossenschaftlichen Idee in Arbeiterkreisen Gutes wirken will, muß in allererster Linie auch den Anschein vermeiden, als ob er durch Genossenschaftswesen die „soziale Frage lösen" wolle.

Der Ausblick auf die allzuweit gestreckten Ziele hat die Hamburger aber zu weiteren höchst bedenklichen Vorschlägen geführt, wir meinen die Punkte b) und d). Da wird eine Sparkasse auch für Nichtmitglieder geplant, und selbst vor Errichtung der Sparkasse sollen Einlagen von Mitgliedern zur Verzinsung angenommen werden. Den gleichen Drang nach größeren Kapitalien verrät § 70, der die Beteiligung des einzelnen Genossen mit 20 Anteilen zuläßt; § 2 faßt die Aufnahme fremder Gelder ins Auge.

Die Zulässigkeit der Erwerbung einer größeren Anzahl von Anteilen ist zweifelsohne von wohlmeinender bürgerlicher Seite angeregt worden; es soll damit solchen bürgerlichen Elementen, die bis zu einem gewissen Grade mit der Arbeiterbewegung in ihren zahmeren Regungen sympathisieren, Gelegenheit gegeben werden, das geplante Unternehmen mit Geldmitteln zu unterstützen. Das ist aber gerade bei einer K. G. das allerverfehlteste. Die Hauptsache bei einer K. G. ist nicht der Kapitalreichtum, in allererster Linie steht der gesicherte Absatz. Uebernehmen 10 Mitglieder je 20 Anteile mit zusammen 6000 Mk., so ist absolut nichts gewonnen. Haben 100 Mitglieder in einem engbegrenzten Stadtviertel je einen Anteil mit 30 Mk. voll einbezahlt — das mag ein oder zwei Jahre dauern — so ist mit ihren 300 Mk. eine lebenskräftige K. G. geschaffen. Denn diese 100 Leute werden im Interesse ihres Einschusses unbedingt treue Käufer sein. Dazu kommt, daß das Wirtschaften mit großen Kapitalien eine Kenntnis des Bankgeschäfts und des Geldmarkts bedingt, die nur ein gewiegter Fachmann haben kann; man lese nur die §§ 85, 86, 88 und 90 des Statuts. Und hiermit kommen wir zu dem wichtigsten Punkt.

Fängt eine K. G., wie die bisher bestehenden und blühenden, mit einem Laden klein an, und zwar erst, nachdem eine Anzahl nahe beisammen wohnender Mitglieder ihren vollen Anteil aufgebracht haben (außer diesen können noch weitere vorhanden sein, die im Rückstand sind), so ist sie erstens ihres Bestehens sicher, zweitens können die verhältnismäßig einfachen Geschäfte leicht von Leuten aus der Reihe der Mitglieder besorgt werden. Mit dem Wachsen des Betriebes wächst deren Erfahrung und Gewandtheit; so werden nach und nach aus der Arbeiterschaft Kräfte herangezogen, die auch den größeren und größten Anforderungen gewachsen sind.

Von der englischen Bewegung glauben, von der sächsischen wissen wir, daß alle die Leiter der großen Unternehmungen aus der Bewegung selbst hervorgegangen sind, und zwar entwickeln sich dabei oft Talente, die in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung bisher keine Rolle gespielt haben, eine solche vielleicht garnicht spielen könnten.

Anders, wenn eine Genossenschaft nach dem Hamburger Plan ins Leben gerufen wird*). Hier müssen entweder von vornherein Fachleute angestellt werden, oder es müßten die geschäftsgewandtesten Männer aus der Arbeiterbewegung

mit ihrer vollen Kraft und Arbeitszeit eintreten und so die wichtigeren Zweige der Arbeiterbewegung lahm gelegt werden. Wie es scheint, denkt man in Hamburg an das erstere. So erklärt es sich, daß § 4, der von der Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes handelt, nur bestimmt, daß der Vorstand aus der Zahl der Genossen zu wählen ist, während § 29 es für die Aufsichtsratsmitglieder ausdrücklich fordert; auch die geringe Zahl der Vorstandsmitglieder (3 Personen) scheint darauf hinzuweisen. Das erscheint auch erklärlich, wenn man die vielerlei völlig verschiedenen Aufgaben bedenkt, denen sich der Vorstand zu widmen hat. Ist aber die Leitung von vornherein in den Händen von Fachleuten, so ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, daß aus den Reihen der Konsumgenossen ein Nachwuchs herangezogen wird. Das Ganze erhält dadurch von vornherein einen ungleich mehr geschäftsmäßigen Charakter, und in demselben Maß, wie sich — das wollen wir zugeben — die Chancen des schnellen Gewinnes vermehren, wachsen auch die Chancen eines geschäftlichen Zusammenbruchs. „Charakteristisch für die Lebensfähigkeit der Eigenproduktion der Konsumvereine ist es, daß noch kein einziges Unternehmen dieser Art mißglückt ist", ruft der Verfasser des „Kommentars" aus, — das ist bis zu einem gewissen Grade richtig; der wahre Grund aber ist, daß die K. G. bisher mit der größten Vorsicht und nur mit eigenen Kapitalien an die Produktion solcher Waren herangegangen sind, für welche der Absatz an ihre Mitglieder auf Grund mehrjähriger Erfahrung gesichert war. Die Hamburger gedenken sich damit, wie wir sahen, nicht zu begnügen, — ja, im Kommentar heißt es sogar einmal: „Ein großer Absatz führt von selbst dahin, daß man, um billig einzukaufen, gelegentlich mehr kauft als den eigenen Bedarf und dadurch genötigt wird, den Ueberschuß im Großhandel wieder zu verkaufen, z. B. an andere Konsumvereine."

Wir glauben gezeigt zu haben, daß der Hamburger Plan einen Weg einschlägt, der nicht frei von Gefahren ist, während die Entwickelung der bis jetzt bestehenden K. G. beweist, daß das, was von den Hamburger Zielen überhaupt erreichbar ist, sicher und gefahrlos auf den bisher betretenen Pfaden erreicht werden kann. Damit fällt unseres Erachtens vor allen Dingen für die Gewerkschaften jeder Anreiz fort, sich selbst den Gefahren des Hamburger Planes auszusetzen. Wir gehen aber weiter. Die Untersuchungen der Frau Webb haben gezeigt, daß selbst im Mutterlande des Genossenschaftswesen, in Großbritanien, das Entstehen und die Entwickelung von K. G. nicht überall gleichmäßig vor sich geht, ohne daß man innere Gründe für diese Erscheinung anführen könnte. Uns scheint es demnach angemessen, auch in Deutschland der Entwickelung ihren Gang zu lassen. Vielfach regen sich auch bei uns in Deutschland solche Bestrebungen; falsch wäre es, sie irgendwie zu bekämpfen, aber wohl ebenso falsch, sie künstlich beleben zu wollen. Um eine spätere Verschmelzung gleicher Bestrebungen zu ermöglichen, ist es wünschenswert, überall möglichst nach gleichen Grundsätzen, etwa nach denen der L.-Plagwitzer K. G. vorzugehen. Wird dieses Ziel erreicht und gleichzeitig das unbedingte Vorurteil gegen K. G. das vielfach noch vorhanden, überwunden, so hat die durch die Hamburger Pläne von neuem angeregte Diskussion ausreichende Früchte getragen.

Leo Arons.

*) Man will nicht nur gleich Kapitalien aufnehmen, sondern auch sofort mit dem Vertrieb von Waren beginnen, die, so lange in der Nähe der Mitgliederwohnungen Verkaufsstellen nicht errichtet sind, auf Bestellung ins Haus geliefert werden. Wie derartiges bei dem Kleinverbrauch der gewöhnlichen Arbeiterfamilie und ihren bisherigen Gewohnheiten möglich ist, begreifen wir nicht.

Bericht

des Arbeitsnachweis-Verwalters in Berlin

vom 1. April 1898 bis 31. Dezember 1898.

A. Stellenvermittelung.

Gemeldet haben sich		Verlangt wurden:	Stellung erhielten:
Lithographen	13	116	20
Steindrucker	112	220	139
Lichtdrucker	2	3	3
Präger	2	4	2
Schleifer	4	42	22
Summa:	133	385	186

B. Arbeitslosenstatistik.

Lithographen waren gemeldet 13 arbeitslos, davon 9 Mitglieder und 4 Nichtmitglieder, 2 Verheiratete mit einem Kind und 11 Unverheiratete. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 27 Wochen und verteilte sich wie folgt: 4 je 1 Woche, 7 je 2 Wochen, 1 je 3 Wochen, 1 je 6 Wochen. Durchschnitt der Dauer der Arbeitslosigkeit $2^1/_{13}$ Wochen.

Steindrucker waren gemeldet 112 arbeitslos, davon 98 Mitglieder und 14 Nichtmitglieder, 27 Verheiratete mit 41 Kindern und 85 Unverheiratete. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 397 Wochen und verteilte sich wie folgt: 32 je 1 Woche, 17 je 2 Wochen, 17 je 3 Wochen, 9 je 5 Wochen, 9 je 5 Wochen, 5 je 6 Wochen, 2 je 7 Wochen, 2 je 10 Wochen, 2 je 11 Wochen, 1 je 13 Wochen, 1 je 14 Wochen, 1 je 21 Wochen, 1 je 23 Wochen. Durchschnitt der Dauer der Arbeitslosigkeit $3^1/_{10}$ Wochen.

Lichtdrucker waren gemeldet 2 arbeitslos, beide waren Mitglieder und verheiratet. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 14 Wochen und verteilte sich auf jedem mit 7 Wochen.

Präger waren gemeldet 2 arbeitslos, beide waren Mitglieder und ledig. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 3 Wochen und verteilte sich wie folgt: 1 mit 1 Woche 1 mit 2 Wochen. Durchschnitt der Dauer der Arbeitslosigkeit $1^1/_2$ Woche.

Schleifer waren gemeldet 4 arbeitslos, sämtliche waren Mitglieder, davon 2 verheiratet mit 1 Kind, 2 ledig. Die Arbeitslosigkeit betrug zusammen 7 Wochen und verteilte sich wie folgt: 2 je 1 Woche, 1 mit 2 Wochen, 1 mit 3 Wochen. Der Durchschnitt der Dauer der Arbeitslosigkeit betrug $1^3/_4$ Woche.

Gesamt-Resultat der Arbeitslosen-Statistik.

Arbeitslos waren gemeldet	davon waren Mitglieder	Nichtmitglieder	Verheiratet mit Kinder	Unverheiratet	Arbeitslos Summe Wochen
Lithographen 13	9	4	2	11	27
Steindrucker 112	98	14	27	85	379
Lichtdrucker 2	2	—	2	—	14
Präger 2	2	—	—	2	3
Schleifer 4	4	—	1	3	7
Summa: 133	115	18	33	100	430

Anmerkung: Per Telephon wurden 719 offene Stellen gemeldet. Die vermittelten Stellen haben sich auf der gleichen Höhe gehalten wie im Vorjahre. Bezüglich der Differenz zwischen den als arbeitslos gemeldeten Kollegen und der Zahl der besetzten Stellen ist zu bemerken, daß viele Stellen keine dauernden waren, woraus die größere Zahl der besetzten Stellen resultiert. Um den außerhalb Berlins befindlichen Mitgliedern ein Bild von dem Arbeitsmarkt am Orte zu geben, sei noch erwähnt, daß hier das Angebot, hauptsächlich von Steindruckern stets größer ist als die Nachfrage.

Wenn hiesige Firmen annoncieren um Kräfte aus der Provinz hereinzuziehen, so geschieht es hauptsächlich um billigere Arbeitskräfte zu erhalten. Das Berliner Pflaster ist aber teuer, darum Vorsicht bei der Annahme von Engagements. —

Korrespondenzen.

Berlin. Am 19. Januar tagte im „Englischen Garten" die ordentliche Generalversammlung der Filiale I. Nach Eröffnung derselben gedachte Kollege Rose des verstorbenen Mitglieds Pritzsche und wurde das Andenken desselben durch Erheben von den Sitzen in der üblichen Weise geehrt. Danach wurde durch einen kleinen Vortrag auf die Bedeutung des Riesenfernrohrs in der Treptower Sternwarte hingewiesen, wie dieses durch Beiträge eines Vereins geschaffen wurde; der Redner erwähnte in seinen interessanten Ausführungen, wie in Amerika von einzelnen sehr reichen Männern solche Institute eingerichtet und erhalten würden, bei uns in Deutschland wäre das anders, aber leider nicht besser. Die Besichtigung des ganzen Instituts käme pro Person 75 Pf. Es wurde beschlossen, am 26. Februar einen gemeinsamen Besuch der Treptower Sternwarte zu veranstalten. Darauf gab Kollege Schöpke den Kassen- und Jahresbericht. Der erstere balancierte in Einnahmen und Ausgaben mit 2021,50 Mk. und wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Eingetreten sind 17 Kollegen à 1 Lekt., 14 à 50 Pf., 3 Kollegen ohne Eintrittsgeld. Mitgliederbestand 515. Betreffs der hohen Wochenzahl der Arbeitslosen fragt Kollege Tischendörfer an, ob es nicht zum Teil an einzelnen selbst liege, wenn dieselben solange arbeitslos sind, dann würde es, wenn diese davon abgerechnet werden, in der Zahl der Wochen ein besseres Resultat geben, dem stimmte Kollege Schöpke zu. Desgleichen gab Kollege Schöpke Auskunft über einige Beschwerden der Rixdorfer Kollegen und soll die Sache zwischen den Verwaltungen in Berlin und Rixdorf geregelt werden. Darauf kam die Frage der weiteren Fortführung des Vereinsbureaus zur Sprache. Der Ausschuß sei nicht damit einverstanden, daß die Kosten desselben sich auf 45% der Einnahmen belaufen und verlangt, daß darin eine Aenderung geschaffen werden müsse. — Vom Kollegen Sittler war in einer kombinierten Sitzung des Hauptvorstandes und Verwaltung persönlich der Vorschlag gemacht worden, das Bureau in eine Wirtschaft zu verlegen, um dadurch Miete 2c. zu sparen und auf diesem Wege eine Verminderung der Kosten herbeizuführen. Dem stimmte aber niemand zu. Das Protokoll hierüber wurde nach Nürnberg zum Ausschuß geschickt. Es wurde vom Kollegen Schöpke verlesen und lautet folgendermaßen: Koll. Schöpke leitete die Sache ein, indem er einen Ueberblick gab über die gegenwärtigen Ausgaben, welche einen zu hohen Prozentsatz, gegenüber den für lokale Zwecke gewährten Mitteln, erfordern. Seitens des Ausschusses sei ein Schreiben an den Vorstand eingelaufen, in welchem betont wird, daß Berlin jetzt eine Ausgabe von 45% mache; das höchste, wofür sich der Ausschuß entschließen könne, wären 30%. Es müssen also Mittel und Wege gesucht werden, um dementsprechend eine Verminderung herbeizuführen. Koll. Sittler sprach sich für Verminderung der Ausgaben aus, indem er den Vorschlag machte, das Bureau in eine Wirtschaft zu verlegen, es würden dadurch die Ausgaben für Miete, Telephon 2c. fortfallen, was ca. 130 Mk. pro Quartal ausmacht. Wenn hier in Berlin die Lokalausgaben ständig so hohe sind, dürften wohl auch andere größere Zahlstellen darauf dringen, ähnliche Einrichtungen zu bekommen. Thatsächlich sind schon derartige Wünsche an den Vorstand gestellt worden. Kollege Schöpke sprach gegen die Verlegung in eine Wirtschaft, es sind hierbei soviel Uebelstände in betracht zu ziehen, daß es für die Organisation nur von Nachteil wäre. Außerdem würden in diesem Falle bei dem jetzigen Mitgliederbestand 30% nicht ausreichen. Der einzige Weg zur Besserung sei die Erhöhung des Mitgliederbestandes. Der Gedanke einer Extrabesteuerung der Mitglieder müsse fallen gelassen werden, da wir dadurch nur Mitglieder verlieren, aber keine neuen hinzuziehen würden. Es kommt ferner in betracht, daß die Filiale Rixdorf und die der Chemigraphen alles überflüssige Geld an die Hauptkasse ablefern, die Thätigkeit des Bureaus aber in gewissem Sinne auch ihnen zu gute kommt. Vielleicht könnte auch hierin eine Aenderung vorgenommen werden, indem dieselben auch mit zu den Kosten herangezogen würden. Kollege Albrecht sprach seine Mißbilligung über den Brief des Ausschusses aus, seine Meinung sei die, daß sich der Brief nicht mit den in Nürnberg gethanen Aeußerungen decke, dort sei gesagt worden, es würde sich schon machen lassen, so genau könne man das doch nicht nehmen und nun jetzt man den Berlinern gewissermaßen die Pistole auf die Brust, indem man sagt: Mehr als 30% auf keinen Fall. Das ist nicht richtig. Gegen eine Verlegung in ein Restaurant sei er ganz entschieden, wenn die Kosten nicht gedeckt werden können, dann soll man lieber das ganze Bureau eingehen lassen; mögen die nachher die Folgen tragen, welche sich auf einen so engherzigen Standpunkt stellen. Koll. Fisch war betreffs des Briefes derselben Ansicht, ebenso gegen eine Verlegung in ein Restaurant. Man soll den Berlinern nicht jetzt schon das Ultimatum stellen: nicht höher wie 30% dürft ihr gehen. Durch den unglücklichen Streik von 1896 ist ja eine gewisse Flauheit unter den Kollegen eingerissen, dazu kommt auch noch der Ausschluß der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche den Berlinern durchaus nicht sympatisch sei, ferner die Erhöhung des Beitrages hinzu, alles Momente, welche so kurz nach der Generalversammlung wohl nicht gleich eine Erhöhung des Mitgliederbestandes herbeiführen können. Freudig zu begrüßen sei ja die Gaueinteilung und die dadurch entstandenen Agitationskommissionen; die in Berlin befindliche würde sich alle Mühe geben, man solle uns nur noch wenigstens ein Jahr Zeit lassen, dann würde schon eine Besserung unserer Verhältnisse eintreten. Nicht für praktisch könne er es halten, wenn uns jetzt mit einem Male die Flügel beschnitten werden. Für ein Verlegen des Bureaus in ein öffentliches Lokal sei er niemals zu haben, besonders aber jetzt würde es ein großer Fehler sein, da der Verein befreundeter Kunstgenossen zwei Bureaus für Arbeitsnachweis eröffnet habe. Sollte Vorstand und Ausschuß jetzt konsequent die Bewilligung der Unkosten verweigern, so lassen wir das Bureau fallen, das wäre der einzige Ausweg. Selbstverständlich sei das gleichbedeutend mit dem Eingehen der Berliner Filiale. Koll. Jedicke versicherte, daß der Vorstand volle Sympathie für die Erhaltung des Bureaus habe, auch in seiner Mehrheit nicht für Verlegung in eine Wirtschaft sei, die Zahlstelle Berlin würde sich doch auch in Zukunft wieder heben. Kollege Rose, welchem der Gedanke einer Verlegung in vorgeschlagener Form zuerst sympathischwar, war nach den vorgeführten Gegengründen ebenfalls davon abgekommen und könne nur für Beibehaltung in der jetzigen Weise stimmen. Nach seiner Meinung sei der Stein zuerst ins rollen gekommen durch die für Kollegen Schöpke beantragte Gehaltserhöhung. Durch Verbindung des Bevollmächtigten- und Kassiererspostens ist doch eine Ueberlastung der betreffenden Person zu konstatieren, um aber die Entschädigung für den Kassierer zu sparen, sei die Vereinigung dieser Posten notwendig. Wenn nun aber Kollege Schöpke bei seinem bisherigen Gehalt und der Mehrarbeit auch noch ein unzweifelhaft entstehendes Manko mit übernehmen solle so sei das doch ein unbilliges Verlangen. Thatsächlich sei aber doch trotz der beantragten Erhöhung in diesem Punkt, eine Ersparnis vorhanden, denn der Kassierer erhielt 60 Mk pro Quartal, während Kollege Schöpke nur 39 Mk. mehr erhalten soll. Ferner ist Kollege Rose der Ansicht, daß nach Verlauf eines Jahres bessere Verhältnisse Platz gegriffen haben. Im gleichen Sinne sprachen sich sämtliche nachfolgende Redner aus. Vom Vorstand war auf diesen Brief eine Zusage für Bestehen des Bureaus in bisheriger Form auf ein Jahr eingelaufen. Der Ausschuß sandte folgendes Schreiben als Antwort ein:

Nürnberg, den 17. Januar 1899.

An die Verwaltung Filiale I Berlin
z. H. des Kollegen Schöpke.

Werte Kollegen! Durch den Vorstand erhalten wir Ihre Zuschrift betr. Zuschuß zu den örtlichen Lokalausgaben zugestellt und wurde dieselbe nochmals einer eingehenden Beratung in jüngster Sitzung unterzogen. Der Ausschuß kam zu dem Entscheid, daß der Beschluß des Vorstandes noch ein weiteres Jahr die jetzige Form beizubehalten nicht zu unterstützen sei. Die Gründe nochmals anzuführen, ist überflüssig, da Sie unseren ablehnenden Standpunkt zur Genüge kennen. Wir sehen uns jedoch genötigt zu erklären, daß solche fadenscheinige Argumente, wie Arbeitslosen-Unterstützung als Lohnbezahlung im Sinne der Gewerbe-Ordnung, beim Ausschuß nicht verfangen können. Geradezu lächerlich ist es, uns mit solchen Gründen aufzuwarten, denn es sitzen auch Kollegen im Ausschuß, die sehr gut von dem Inhalt der Gewerbe-Ordnung unterrichtet sind. Wir machten in unserem Schreiben an den Vorstand u. a. den Vorschlag, daß, um Nebeneinkünfte zu erzielen, der Verwalter des Bureaus gegen geringe Entschädigung Auskunft erteilen solle. Nach der famosen Begründung des ablehnenden Standpunktes der Verwaltung gegenüber eines Vorschlags des Kollegen Sittler, das Bureau in eine Wirtschaft zu verlegen, nebenbei gesagt, ein Vorschlag, der nicht vom Ausschuß gemacht wurde, gestehen wir offen, daß es besser ist, es werden keine Auskünfte erteilt. Um nun die Angelegenheit ihrer Erledigung entgegenzuführen, erwartet der Ausschuß, daß die Verwaltung die Zuschußfrage einer demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung unterbreitet und über den Verlauf einen eingehenden Bericht in der Presse veröffentlicht. Geht die Zahlstelle